

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.20 Mk., bei Selbstabholung 2.10 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.). — Postkontonr. Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 000.

Inseratenpreise:
Die 7 gespaltene Zeile 50 Pfg. und 50%, Feuerungszuschlag — 75 Pfg.
Besgl. bei Plagvorschrift 55 Pfg. und 50%, Feuerungszuschlag — 83 Pfg.
Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.
Postkontonr. Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Entente übernimmt Oesterreichs Regierungsgeschäfte?

Eine Lebensmitteliktatur in Wien.

Wien, 29. Okt. Wie das Neue Österreichische Blatt aus Kreisen der Hilfskommission der Entente erfährt, erwägt die Kommission angeht die durch die vollständige Ohnmacht der Regierung gegenüber den Vandalen unhaltbar gewordenen Ernährungssituation in Wien den Plan, durch ein radikales Mittel die Stadt vor dem Verhungern zu schützen. Als solches Mittel könnte gegenwärtig nur die Verhängung der Blockade über die Provinzen Deutsch-Oesterreichs für den Fall angesehen werden, daß diese die Forderungen der Hilfskommission zu erfüllen sich weigern. Die Vertreter der Länder und der Bauern werden in den nächsten Tagen vor die Reparationskommission, Ästern und ihnen dort splander Vorschlag gemacht werden: Entweder erklären sich die Länder und die Bauernschaft bereit, die kontingentierten Lebensmittel augenblicklich nach Wien abzuliefern und auch sonst in jeder Weise die Lebensmittelnot Wiens zu mildern, oder die Entente verhängt die doppelte Blockade gegen die Länder, einerseits von den Nationalstaaten, andererseits von Wien aus. Die Kosten der Beseitigung Wiens mit ausländischen Lebensmitteln müssen dann die Länder tragen. Als Bannware kämen in Betracht Kolonial- und Lebensmittel, Rohstoffe aller Art, Kohlen, Holzprodukte, sowie alle übrigen Rohstoffe. Wien selbst würde dagegen von der Entente mit allem Notwendigen an Lebensmitteln und Holzmaterialien versorgt werden. Ausgleich würde ein Einreiseverbot für die Landbevölkerung nach Wien erlassen werden, um jeden Einkauf der landlichen Bevölkerung in Wien zu verhindern. Diese Maßnahmen würden sich jedoch nicht gegen Oesterreich und Südböhmen richten, die trotz ihrer Abhängigkeit von der Bauernschaft keine Ablieferung von Lebensmitteln nach Wien zu verhindern suchen. Hierzu schreibt das Neue Österreichische Blatt: Sollte von der Hilfskommission bzw. Reparationskommission in Paris der Beschluß gefaßt werden, obigen Plan auszuführen, so käme dies einer Übernahme der Lebensmittelgeschäfte durch die Entente gleich. So bedauerlich von diesem Standpunkte aus die Angelegenheit ist, so müßte doch zugestanden werden, daß dies als die einzige Möglichkeit erscheint, einen Druck auf die Länder auszuüben, um die Versorgung Wiens zu ermöglichen.

Das Schicksal Wiens ist durch den Agrarwucher und durch die von „Christlich-sozialer“ Seite (neue soziale „Christen“) gegen die österreichische Sozialdemokratie veranfaßte Debe belastet worden. Die Lebensmitteliktatur der Entente in Wien ist nichts als eine verschleierte Regierungsform der westländischen Imperialisten. Es wird sich zeigen müssen, ob deren Geschäftsinteressen an Wiens Erhaltung genügen werden, das österreichische Chaos zu bannen.

Die Balkan-Werbung dauert an!

Berlin, 30. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der V.) In längeren Ausführungen erbringt die Freiheit den Nachweis, daß immer noch für die russische Westarmee in Deutschland geworben und Material auf gekauft wird. Gest am 27. Oktober kam wieder ein Hauptmann Lindemann mit 20 Werbepersonen über die Grenze. Die Freiheit druckt einen Ausweis ab, wie ihn jeder seiner Werber erhält, in dem die Behörden aufgefordert werden, den Inhaber ungehindert reisen zu lassen und ihm nötigenfalls Schutz und Hilfe zu gewähren. Jeder Werber erhält außerdem 100 bis 150 gekaufte Urkunden, die für die Angeworbenen, auf der Rückseite bereits gestempelt mit den Worten: Geprüft, Bahnüberwachungsstelle Passieren, Lindemann selbst nahm Quartier in Magdeburg.

Ferner macht die Freiheit Mitteilungen von einer großen Reihe anderer Werbezentralen in Berlin. Auch das ursprünglich am Karlsbad befindliche Bureau taucht in dieser Liste wieder auf; es befindet sich jetzt in Charlottenburg. Es besitzt eine ganze Serie gefälschter Stempel und stellt ebenfalls angeblich dienstliche Ausweise aus.

Neben der Menschenjagd betreiben diese Stellen auf der ganzen Welt von Krieger u. Ausrüstung gegenstände. Die Freiheit stellt fest, daß diese Leute den Staat schon um Millionen betrogen hätten. So sei ihnen unter anderem auch daran gelegen, die Verpflegungsgüter zu neppen. Bei Geldknappheit bekämen die Angeworbenen einen Ausweis für den Empfang einer größeren Anzahl Verpflegungsportionen, die sie dann verkaufen könnten, um zu Gelde zu gelangen. Die Ausweiskontingente erhalte man natürlich nicht von einem Herrn Müller oder Kunze, sondern um sie zu erlangen, bearbeitet man mit augenscheinlichem Erfolg vielmehr Intendanten, Balleidungsämter und Präzidenten in Magdeburg. Alle diese Schreiben müßten nur mit dem Namen der Agenten die weltbekannteste Unterzeichnung bei den militärischen Dienststellen finden. Es ist ihnen auch Beweise erbringen, daß die Werber mit einem Geldgeber arbeiteten und Bescheinigungen im großen Umfang vornehmen. Gest am 27. Okt. ... ein ...

transport von Berlin-Tempelhof nach Kurland abgegangen.

Die Freiheit schreibt: „Die Regierung ist nun von uns über das Treiben der Verschwörer wieder rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden. Sie kennt die Namen und Adressen derjenigen, die sich Deutschland zum Tummelplatz ihrer Machenschaften ausgesucht haben. Sie kann handeln, wenn sie will, und wir warten auf das Ergebnis.“

Achtung, Delegierte zum Parteitag!

Das Komitee für die Unterbringung der Parteitagdelegierten hat ausreichend Privatwohnungen für die Delegierten bereitgestellt. Wir bitten, uns die Adressen der Delegierten rechtzeitig mitzuteilen, damit sie die Wohnungen vorher brieflich angewiesen erhalten. Sollte dies unmöglich sein, so bitten wir die Ausweise am Sonnabend (am Sonntag ruht in der Eisenbahnverkehr) auf dem Hauptbahnhof, Partesaal erster Klasse, vom Komitee in Empfang zu nehmen.

Die Bezirksleitung der N. F. V. Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, I.

(Parteilisten werden um Abdruck gebeten.)

Erhöhung der Eisenbahnpreise um abermals 50 Prozent?

Aus München kommt die „erfreuliche“ Kunde, daß aus Verhandlungen zwischen der preussischen und den süddeutschen Eisenbahnbehörden die Absicht einer abermaligen Fahrpreiserhöhung um 50 Prozent ab Januar hervorgehe!

Damit würde das Reisen selbst in vierter Klasse nur noch ein Luxusvergnügen für Schüler und der ihnen nachfolgenden Kapitalisten werden!

Die bayerischen Landwirte wollen die Städte aushungern.

München, 30. Oktober. B. L. V. veröffentlicht folgendes Telegramm: In Bayern haben sich die Landwirte solidarisch erklärt, keinerlei Lebensmittel mehr in Städte zu liefern, in denen radikale, Putzige (!) inhaftiert werden. Sie wollen sich mit den Einwohnerwehren zusammenschließen und nötigenfalls gegen die unruhigen Städte marschieren. — Die Verhöhnung der Bauern durch die Reaktion hat also bedrohliche Formen angenommen. Die Red.

Die amerikanische Arbeiterbewegung

2 Millionen Arbeiter drohen mit dem Streik.

Basel, 30. Okt. (Z.) Wie Zeitungen schreiben, ist Amerika von der größten Arbeiterbewegung bedroht, die es je erlebt hat. Den Stahlarbeitern, die sich noch im Streik befinden, und der Bergarbeitern, die die Arbeitslosenliste ab 1. Nov. beschließen, werden sich bald die Eisenbahner anschließen, wenn ihre Forderungen noch durchbringen. In 14 Tagen werden in den Vereinigten Staaten 2 Millionen Arbeiter in den Streik eintreten, wenn die gegenwärtigen Differenzen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern in der Industrie nicht gelöst sind.

Die Regierung will sich aus der Nötlage dadurch helfen, daß sie überall in den einzelnen betriebl. und betriebl. Truppen einzusetzen will, die Streikbrecherdienste leisten sollen. Der Vorstoß des amerikanischen Arbeitgeberverbandes macht die Regierung auf die Folgen dieser Erreichte aufmerksam.

In Procton bei New York kam es zu schweren Unruhen, bei denen es Tote und Verwundete gegeben haben soll. Die Ursache der Kämpfe war der Versuch eines von Kapitalisten bestochenen Teils der Arbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Den Anstalt zur Washingtoner Konferenz, die sich in Anstalt amerikanischer Senatoren Amerika vor Kapitulation des Friedensvertrags gar nicht beliden kann, bilden also gewaltige Arbeiterkämpfe im größten kapitalistischen Staatengebilde.

Eisenbahnunglück bei Ebnri.

Neudietendorf, 29. Oktober. Nachdem heute morgen 6 1/2 Uhr der Personenzug 810 Naumburg Ebnri-Bezirk die Station Neudietendorf verlassen hatte, fuhr im ein aus entgegengesetzter Richtung kommender Güterzug in die Marke. Sieben Waggons des Personenzuges wurden von der Lokomotive des Güterzuges umgeworfen und zum Teil schwer beschädigt. Drei Personen wurden getötet, etwa 20 verletzt, davon sechs bis acht schwer. Alle es heißt soll der Personenzug ausgefahren sein, ohne daß ihm die Ausfahrt freigegeben war.

Die Zentrale der Betriebsräte zur Gewerkschaftsfrage.

Die Reichskonferenz der Betriebsräte, die am 24./25. Oktober in Halle tagte, beschloß folgende Erklärung zur Gewerkschaftsfrage: „Die November-Revolution hat der deutschen Arbeiterschaft die Befreiung vom kapitalistischen Joch nicht gebracht. Seit Ausbruch der Revolution versucht die kapitalistische Gesellschaft durch ständlich Zusammenschluß ihrer Kräfte und deren rücksichtslose Einwirkung im wirtschaftlichen und politischen Kampfe, ferner durch Dienstvermittlung der politischen und militärischen Gewaltmittel die Arbeiterschaft zu willenlosen Ausbeutungsobjekten herabzubringen. Die kapitalistische Gesellschaft, geschwächt durch den in ihrem Schoße geborenen Weltkrieg, erhofft von diesem Vorgehen die Wiederaufrichtung und dauernde Sicherung ihrer Herrschaft und die Verhinderung des von der Arbeiterschaft veranlaßten sozialistischen Gemeinwefens. Dieses Bestreben der kapitalistischen Gesellschaft ist die von jeder bestehenden Klassenengstlichkeit und die dadurch bedingte Klassenkämpfe ins Unverlöbliche getrieben und sie mehr und mehr zu reizen. Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital aufzuwachen lassen.“

Diese Klassenengstlichkeit und Klassenkämpfe durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeit und Kapital zu überbrücken ist ein Versuch, der nur Verwirrung in die Reihen der Arbeiterschaft und den erforderlichen Klassenkampf unterbinden muß.

Die Arbeiterschaft, durch ihre elende wirtschaftliche Lage zu immer neuen Forderungen und Kämpfen gezwungen, kann sich nicht mit geringen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen innerhalb des kapitalistischen Klassenstaats begnügen, sondern ist gezwungen, den Kampf um die Produktionsmittel, den Kampf um Befreiung des Kapitalismus mit aller Schärfe fortzuführen. Dieser Kampf ist ein politischer Kampf, der von der Arbeiterschaft in erster Linie durch Verweigerung ihrer Arbeitskraft geführt werden muß. Dazu ist der Zusammenschluß der Arbeiterklasse — aller Hand- und Kopfarbeiter — zu gewaltigen Kampforganisationen notwendig.

Das Proletariat Deutschlands hat sich Partei- und Gewerkschaftsorganisationen geschaffen. Diese fanden mehr oder weniger auf dem Boden des Klassenkampfes, soweit es sozialistische Partei oder freigewerkschaftliche Organisationen waren. Aufhören der als Folgeerscheinung des Weltkrieges und einer politischen Revolution geschaffenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und des durch bedingten und immer näher rückenden Endkampfes, können diese Organisationen allein nicht mehr genügen. Vielmehr muß über diese Organisationen ein neues System geschaffen werden, das ohne Rücksicht die bestehenden Kampforganisationen der Arbeiter zu befehlen, alle Kräfte des werktätigen Volkes sowohl zu einer Kampforganisation zur Erreichung des Sozialismus vereinigt, wie auch gleichzeitig alle Vorbereitungen zur Übernahme der kapitalistischen Wirtschaft und der Vorbereitung zum sozialistischen Gemeinwesen treffen muß, und sich dann selbst zu einem, das ganz Wirtschaftlichen trennenden Organismus fortbildet.

Um die Gewerkschaften zu Kampforganisationen des Proletariats gegen die kapitalistische Produktionsweise auszugestalten und für die Einführung der sozialistischen Gesellschaft nutzbar zu machen ist notwendig:

1. Umbau der Gewerkschaften zu großen Industrieorganisationen
2. Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum
3. Anerkennung des Streikrechts als Grundlage der Sozialisierung
4. Aufgabe der bisherigen politischen Neutralität
5. Anerkennung des Streikrechts als wirtschaftliches und politisches Kampfmittel
6. Grundständige Forderung der Unternehmenseinrichtungen
7. Meinungsbestimmungsrecht der Mitglieder in Betrieb und Betrieb

Da die Grenzen zwischen Kapital und Arbeit naturgemäß unklar sind, und die kapitalistische Produktionsweise nicht mehr die Kraft hat, unser Wirtschaftsleben anrecht zu erhalten, muß die Arbeiterschaft durch ihre Organisationen alle vorbereitenden Maßnahmen treffen, um den Wirtschaftskampf im sozialistischen Sinne zu führen.

In Anbetracht dieser Tatsachen ist die prinzipielle Klärung in der Gewerkschaften und der notwendigen Umbau zu Industrieverbänden keine Frage, die jahrelange Erörterungen und Beratungen zuläßt. Auf Grund der bisherigen Haltung der maßgebenden Gewerkschaftsinstanzen steht fest, daß sie sich den erwähnten Forderungen